

JETZT FAIRE PREISE IN AGRARLIEFERKETTEN GESETZLICH SICHERN!



Statement der Initiative für faire Preise in der Lieferkette

Die Agrarwende ist drängender denn je!

Denn Ausbeutung von Menschen, Tieren und Umwelt aufgrund ungerechter Strukturen in der globalen Landwirtschaft ist allgegenwärtig. Auch wenn derzeit Lebensmittelpreise für die Endverbraucher*innen steigen, erhalten viele Erzeuger*innen unserer Lebensmittel in Deutschland und andernorts einen Preis, der zum Leben nicht reicht und einen umweltschonenden Anbau unmöglich macht. Es fehlen Mechanismen für langfristig stabile und kostendeckende Erzeuger*innenpreise. Die Klimakrise und der dramatische Verlust der biologischen Vielfalt zählen zu den größten Risiken für die Menschheit. Wenn wir es zulassen, dass die globalen Treibhausgase aus der Lebensmittelproduktion weiter steigen, dann verfehlen wir das Pariser Klimaschutzziel. Doch gerade der Klimawandel bedroht unsere natürlichen Lebensgrundlagen, die Ernährungssouveränität und unsere Gesundheit. Der Landwirtschaft kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Einerseits ist sie stark von den Auswirkungen des Klimawandels (bspw. zunehmende Dürreperioden) betroffen. Andererseits kann die Landwirtschaft durch hohe Emissionen selbst sowohl Treiber des Klimawandels sein, als auch durch natürlichen Klimaschutz und ökologische Leistungen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen beitragen.

Klima-, Tier- und Gewässerschutz in der Landwirtschaft verursachen Kosten für die Betriebe und sind unter dem herrschenden dauerhaften Kostensenkungsdruck für Bäuerinnen und Bauern kaum leistbar. Bisher landen die Profite aus dem Lebensmittelverkauf allerdings meistenteils auf den Konten von Supermärkten, dem Online- und Zwischenhandel und der Ernährungsindustrie. Trotz teils inflationär steigender Verkaufspreise üben diese Akteure enormen

Preisdruck entlang der gesamten Lebensmittelkette aus – einschließlich der globalen Lieferketten.

Niedrig-Preise bedrohen Existenz von Landwirt*innen weltweit

Produktionskosten, die mittelfristig über den Erzeugerpreisen liegen, sind ein Grund dafür, dass viele Landwirt*innen sich gezwungen sehen, ihren Hof aufzugeben. Die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland hat sich seit 1995 mehr als halbiert und es sind deutliche Konzentrationstendenzen zu beobachten.³ Landwirtschaftliche Einkommen schwanken stark⁴ und auch die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind volatil⁵. Und selbst wenn Preise für einzelne Produkte steigen, kommen die Gewinne häufig nicht bei den Landwirt*innen an. Während Supermarktketten in den Corona-Jahren 2020/2021 Rekordumsätze erzielten, verzeichneten die Erzeuger*innen am anderen Ende der Lieferkette einen Rückgang der Preise⁶. Ein Beispiel: Landwirt*innen erhielten im Jahr 2017 noch gut 50 Prozent des Verkaufspreises von Hackfleisch, im Jahr 2022 sank ihr Anteil auf rund 40 Prozent. Demgegenüber steigerte der Handel seinen Anteil von neun auf gut 27 Prozent⁷. Aber auch in den globalen Lieferketten sind Kleinbäuerinnen und -bauern zunehmend bedroht. So ist beispielsweise in Ecuador die Anzahl der Bananen produzierenden Familienbetriebe mit einer Fläche von weniger als fünf Hektar zwischen 2015 und 2018 um 60 Prozent gesunken⁸. Die Einkaufs- und Preispolitik ihrer Abnehmer bremst diejenigen Landwirt*innen aus, die stärker in Umwelt-, Tier- und Klimaschutz oder Vielfalt investieren wollen. Auf Plantagen im Globalen Süden werden im großen Stil hochgefährliche Pestizide eingesetzt, die in der EU verboten sind. Ausbeuterische Löhne und

¹ PBES-IPCC (2021): IPBES-IPCC Co-sponsored Workshop Report on Biodiversity and Climate Change. Scientific Outcome.

² www.theguardian.com/environment/2020/nov/05/global-food-production-emissions-would-put-paris-agreement-out-of-reach.

³ BMEL (2022): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, S. 24.

⁴ <https://www.thuenen.de/de/themenfelder/einkommen-und-beschaeftigung/einkommen-in-der-landwirtschaft>.

⁵ Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken (2020): Branchenanalysen. Eine Research Publikation der DZ Bank AG. Deutsche Landwirtschaft unter Druck (<https://docplayer.org/178798133-Branchenanalysen-deutsche-landwirtschaft-unter-druck.html>), S. 6.

⁶ Oxfam (2021): Pandemie-Profiteure und Virus-Verlierer*innen. Supermärkte erwirtschafteten Rekordumsätze, während die Pandemie vor allem Frauen weltweit trifft.

⁷ Berechnet auf Basis der Daten in Roeb, Thomas (2023): Händler verbessern ihre Margen beim Fleischsortiment erheblich. Lebensmittelhandel nutzt die Inflation und erzielt mehr Ertrag im Windschatten der Krise. In: Lebensmittelzeitung 11/2023, S. 20.

⁸ <https://www.oxfam.de/blog/agrobusiness-statt-menschenrechte-ernahrungssystem-falsch-laufft>.

zu geringe Einkommen bedeuten Armut und Hunger für kleinbäuerliche Erzeuger*innen und Arbeiter*innen auch im Globalen Süden und sind oftmals die Ursache von Menschenrechtsverletzungen. Solange die Mehrkosten aus steigenden Produktionskosten, und daraus resultierende kleinere Gewinnmargen, ausschließlich von Landwirt*innen und nicht auch von deren Abnehmer*innen getragen werden müssen, wird es keine Fairness im Lebensmittelhandel und entlang der globalen Lieferkette geben.

Verbraucher*innen kennen wahre Kosten von Lebensmitteln nicht

Das Paradigma der Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft und der Trend zu stark verarbeiteten Lebensmitteln gehen mit hohen Folgekosten für Menschen, Tiere und Umwelt einher. Während die hohen externen Kosten, die durch nicht-nachhaltige Bewirtschaftungsmethoden in der Landwirtschaft entstehen, von der gesamten Gesellschaft getragen werden müssen, werden Klima- und Naturschutzleistungen durch die Methoden regenerativer Landwirtschaft nicht ausreichend entlohnt.⁹ Auf Seiten der Verbraucher*innen setzen niedrige Preise Anreize für einen hohen Konsum von Fleisch aus Massentierhaltung und stark verarbeiteten Lebensmitteln, die vielfach als ungesund gelten und ernährungsbedingte Krankheiten befördern. Während Fleisch aus Weidetierhaltung nachhaltiger ist, werden die Mehrkosten für umwelt- und tiergerecht wirtschaftende Bauernhöfe derzeit nicht ausbezahlt. Verbraucher*innen tun sich zudem schwer, die wahren Kosten eines Produkts zu erkennen. Einer Umfrage zufolge ist für 90 Prozent der befragten Verbraucher*innen nicht nachvollziehbar, ob Landwirt*innen für ihre Produkte einen fairen Preis erhalten haben.¹⁰

Nicht nur aufgrund der Preisschwankungen und der Klimakrise werden bäuerliche Betriebe größeren Unsicherheiten hinsichtlich ihrer Kosten und Preise ausgesetzt. Der aktuelle Krieg Russlands gegen die Ukraine bedroht aufgrund steigender Produktionskosten weltweit die Existenz von Landwirt*innen. Sie stehen am Beginn der Lieferkette und können oftmals steigende

Kosten für Betriebsmittel nicht weitergeben, während andere Akteure in der Lieferkette den Endkonsumentenpreis aufgrund der gestiegenen Energie- und Transportkosten anheben.

Gesundes, nachhaltiges Essen ist ein Recht für alle

Die aktuellen Krisen unterstreichen, dass ohne einen Umbau des globalen Ernährungssystems Verbraucher*innen zunehmend mit steigenden Lebensmittelpreisen konfrontiert werden. Eine faire Preisbildung in nationalen und globalen Agrarlieferketten muss gleichzeitig einhergehen mit Vorkehrungen für Haushalte mit geringem Einkommen. Hierzu gehört eine spürbare Anpassung der ohnehin zu niedrigen Regelsätze der Grundsicherung, eine Anhebung des Mindestlohns und weitere Maßnahmen gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. Bereits heute sind auch in Deutschland Menschen von einer erheblichen Ernährungsarmut betroffen. Eine gesunde, ausgewogene und nachhaltige Ernährung ist für Menschen mit geringem Einkommen oft nicht erschwinglich. Gesundes, nachhaltiges Essen darf kein Privileg für einkommensstarke Haushalte sein, sondern ist ein Recht für alle.

Kein Unternehmen kann sich nachhaltig nennen, solange es Preise unter Produktionskosten zahlt

Eine soziale, agrarökologische, bäuerliche und wirtschaftliche Neuorientierung des Ernährungssystems vom Hof bis zum Teller muss honoriert und entsprechend eingepreist werden. Die Herausforderungen in der Landwirtschaft und der Ernährungsindustrie lassen sich nur meistern, wenn Supermärkte und Lebensmittelunternehmen ihre Einkaufs- und Preispolitik ändern müssen. Wir fordern, dass die Preisbildung von unten nach oben – also vom landwirtschaftlichen Betrieb hin zum Handel – mindestens auf der Grundlage der Produktions- bzw. Herstellungskosten erfolgt. Der Gesetzgeber muss einen gesetzlichen Rahmen für die Zahlung von fairen Preisen setzen, damit ein effektiver Umwelt-, Klima- und Tierschutz und die Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten in allen Agrarlieferketten ermöglicht wird.

⁹ www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/abschlussbericht-zukunftskommission-landwirtschaft.html: Allein in Deutschland werden die externen Kosten der Agrarwirtschaft auf 90 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt.

¹⁰ www.vzbv.de/pressemitteilungen/nachhaltige-lebensmittelproduktion-wirtschaft-die-pflicht-nehmen.

¹¹ Menschen, die auf existenzsichernde Leistungen wie das sogenannte Bürgergeld angewiesen sind, steht monatlich gerade einmal ein Betrag von 174,19 Euro für Lebensmittel und Getränke zur Verfügung. Siehe „Regelsatz Bürgergeld 2023“ <https://www.buerger-geld.org/regelsatz/>.

Wir fordern den Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir und die Mitglieder des Bundestages daher auf,

- schnellstmöglich eine unabhängige und weisungsungebundene Ombuds- und Preisbeobachtungsstelle einzurichten.¹² Sie würde erstmalig Erzeugerpreise und Produktionskosten ermitteln sowie die Margen in der Lebensmittelkette und faire Preise berechnen. Sie soll Meldungen von unfairen Preisen und allen weiteren unfairen Handelspraktiken – auch von Betroffenen aus dem Globalen Süden – entgegennehmen und untersuchen.
- sich dafür einzusetzen, dass die Zahlung unfairer Preise als unfaire Handelspraxis im Sinne des Agrarorganisationen- und Lieferkettengesetzes (AgrarOLkG) anerkannt und verboten wird. Das Gesetz sollte alle Beteiligten in der Lebensmittelkette – einschließlich kleinbäuerliche Erzeuger*innen und Arbeiter*innen im Globalen Süden – vor jeglichen unfairen Handelspraktiken schützen und für alle Vertriebsstufen gelten. Die Evaluierung des Gesetzes in diesem Jahr bietet dafür die Gelegenheit.
- ein Verbot des Einkaufs unterhalb der Produktionskosten entlang der gesamten Lebensmittelkette gesetzlich zu verankern. Ein solches Verbot – wie in Spanien seit 2020 als Gesetz verabschiedet und seit Dezember 2021 effektiv verankert – würde einen Paradigmenwechsel einleiten, indem eine ethische Preisgestaltung und eine faire Verteilung der Wertschöpfung von Landwirt*innen bzw. Produzent*innen bis hin zum Supermarkt gefördert werden. Existenzsichernde Erzeugerpreise und Löhne sollten nicht verhandelbar sein.
- gesetzlich festzulegen, dass schriftliche Verträge einer jeden Lieferbeziehung zugrunde liegen müssen und dass in jedem Vertrag – ohne Ausnahme für Genossenschaften – zumindest Preis, Menge und Zeitraum der zu liefernden Waren verbindlich und konkret festgehalten werden. Landwirt*innen sollten so wie alle anderen Wirtschaftsakteure ihre Leistungen abrechnen und in Rechnung stellen können.
- sicherzustellen, dass die mit effektivem Umwelt-, Klima- und Tierschutz und der Einhaltung von Menschen- und Arbeitsrechten verbundenen Kosten entlang der gesamten Lebensmittelkette weitergegeben werden können. Hierfür ist es erforderlich, das Verbot des Einkaufs unter Produktionskosten mit Qualitätskriterien wie zum Beispiel der Haltungskennzeichnung zu verknüpfen, so dass entsprechende kostendeckende Erzeugerpreisaufschläge umgesetzt werden können. Ebenso sollte eine transparente und verlässliche Herkunfts- und Regionalkennzeichnung ergänzt werden.¹³
- sicherzustellen, dass die Regelsätze der Grundsicherung und der Mindestlohn im Falle von höheren Lebensmittelpreisen angehoben werden. Darüber hinaus sollte die Gemeinschaftsverpflegung mit (Bio-) Lebensmitteln aus der Weidehaltung und der Region gefördert werden.

¹² Sie wurde bereits vom Bundestag in der vorherigen Legislaturperiode beschlossen [Ausschussdrucksache 19(10)401].

¹³ Verbraucherzentrale Bundesverband (2022): Wissen wo's herkommt: Transparente und verlässliche Herkunfts- und Regionalkennzeichnung von Lebensmitteln. Positionspapier des Verbraucherzentral Bundesverbands (https://www.vzbv.de/sites/default/files/2022-03/22-03_17_Positionspapier_Herkunfts-%20und%20Regionalkennzeichnung.pdf).



Kontakt:

Reinhild Benning
Deutsche Umwelthilfe
0151-17918487
benning@duh.de

Evelyn Bahn
INKOTA-netzwerk
0177-3243408
bahn@inkota.de

Julia Sievers
Agrar Koordination
040-392526
julia.sievers@agrarkoordination.de

Charlotte Gengenbach
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
0152-08853760
gengenbach@abl-ev.de

Maja Volland
Forum Fairer Handel
030-28045349
m.volland@forum-fairer-handel.de

Tim Zahn
Oxfam Deutschland e.V.
030-453069618
tzahn@oxfam.de

Elmar Hannen
Vorstandsmitglied des European Milk Board (EMB)
0175-6378484
e_r.hannen@t-online.de

Juni 2023

*Die Initiative für faire Preise in der Lieferkette wird getragen von Organisationen der bäuerlichen Landwirtschaft, der Milchviehhalter*innen, des Fairen Handels, der Entwicklungspolitik und des Umwelt- und Verbraucher*innenschutzes. Wir distanzieren uns deutlich von Hass, Gewalt, Rassismus und Diskriminierung und setzen uns gemeinsam für Frieden, Gerechtigkeit und Toleranz ein.*